

Erich Frister

## Gewerkschaft und Wissenschaft

Ansprache vor dem Kongreß „Mitbestimmung in Wissenschaft und Ausbildung“

Gewerkschaften stehen der Wissenschaft in drei verschiedenen Rollen gegenüber. Sie benutzen und benötigen Ergebnisse der Wissenschaft als Konsumenten, sie treten als Verbündete der Wissenschaft auf und erheben Anspruch, als Kontrolleure von Wissenschaft tätig zu sein.

Die Gewerkschaften sind für die Formulierung und die Orientierung ihrer eigenen Politik in der beginnenden nachindustriellen Gesellschaft insbesondere auf die Ergebnisse der Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften angewiesen, wenn ihre Politik realistisch, erfolgreich und an den Interessen der in den Gewerkschaften Organisierten ausgerichtet sein soll. Tarifverträge, Rationalisierungsschutzabkommen, Arbeitsschutzgesetze lassen sich aber nicht mehr abschließen bzw. beeinflussen, ohne die Ergebnisse der technischnaturwissenschaftlichen Forschung und der medizinischen Wissenschaftsentwicklung einzubeziehen und zu nutzen. Zusammengefaßt läßt sich die Konsumentenrolle der Gewerkschaften gegenüber der Wissenschaft so beschreiben, daß Strategie und Taktik der betrieblichen, überbetrieblichen und gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung, ohne die Ergebnisse und Methoden der Wissenschaft zu benutzen, erfolgversprechend nicht konzipiert werden können.

Nun ist andererseits nicht selbstverständlich, und schon gar nicht in der Geschichte der wissenschaftlichen Institutionen in Deutschland, daß sich Wissenschaft gegenüber den Gewerkschaften als Produzent verhält. Da die Freiheit der Wissenschaft immer von der Bereitstellung der finanziellen Mittel abhängig ist und ihr Entwicklungsprozeß durch die Verteilung dieser Mittel beeinflußt wird, ist es nur einleuchtend, daß Wissenschaft in ihrer bisherigen Entwicklung auf die Erzielung von Ergebnissen gerichtet war, die zur Ausbeutung und zur intensiven Ausnutzung der Arbeitskraft führten. Hochschulen und wissenschaftliche Institute sind in Deutschland — von den berühmten Ausnahmen abgesehen — nicht auf der Seite der Gewerkschaften gewesen, und die Gewerkschaften haben über Jahrzehnte die Erfahrung machen müssen, daß Wissenschaft von ihren Geg-

nen gegen sie eingesetzt wurde und Wissenschaftler im Betrieb und im Staat Seite an Seite mit den Gegnern der organisierten Arbeiterschaft auftraten.

Angesichts einer solchen, sich über Generationen erstreckenden kollektiven Erfahrung, die das kollektive Bewußtsein geprägt und auch im Unbewußten ihre Spuren hinterlassen hat, wundert es nicht, wenn die Arbeiterschaft sich gegenüber den Studenten und anderen Hochschulangehörigen, die neuerdings das Bündnis mit ihr suchen, sehr skeptisch und auch offen ablehnend verhält. Das arrogante Wort vom falschen Bewußtsein, vom zu verändernden Bewußtsein, das die akademischen Vertreter der neuen Linken benutzen, erscheint in den Gewerkschaften vielfach nur als eine neue, andere, aber im Grund doch altvertraute elitäre Haltung der Akademiker und Wissenschaftler gegenüber dem Arbeiter. Dieser hat den Eindruck, daß es sich nur um eine neue Masche der Wissenschaftler handelt, um den Versuch, ihn in einer modernen Weise abhängig und unmündig zu halten, wenn ihm gesagt wird, daß er, um seine eigene Lage zu erkennen, erst einmal eine Gehirnwäsche durchlaufen müsse.

Die esoterische, mit allen Momenten der Selbstbefriedigung ausgestattete Sprache der sich heute an den Arbeiter wendenden Wissenschaft tut ein übriges, um den Verdacht zu stärken. Das unermüdliche Gerede derer, die viel Zeit und wenig Verantwortung haben, von der Revolution, deren Folgen euphorisch verklärt, aber nur selten bedacht sind oder gar präzise beschrieben werden können, wirkt auf Arbeiter ebenso menschenverachtend wie der Einsatz von Forschungsergebnissen der Ingenieurwissenschaften ohne Rücksicht auf das physische und psychische Schicksal der im Produktionsprozeß davon Betroffenen.

Die Leichtfertigkeit, mit der sich gerade die akademischen Angehörigen der Neuen Linken über die kleinbürgerlichen Attitüden der Arbeiterschaft — das Auto, das Fernsehen, das mit Selbsthilfe erbaute Eigenheim — erhaben fühlen und die Art, wie sie dieses Verhalten der Arbeiter lächerlich machen, zeugt von geringem Verständnis, geringem Einfühlungsvermögen in andere Lebensverhältnisse und von einer Weltfremdheit, die auch durch gelegentliche über Wochen oder Monate sich erstreckende Ausflüge in die Welt der körperlichen Arbeit nicht gemildert werden kann. Den Verlust an Solidarität, die allgemeine Herrschaft des Eigennutzes, die für den Arbeiter die Kleinbürgerlichkeit als einzige Emanzipationschance und als einzige Möglichkeit, einen geringen Selbstbestimmungsraum zu erreichen offen läßt, haben gerade die Arbeiter nicht zu vertreten. Das Instrumentarium für die Gestaltung der Gesellschaft wie sie ist, hat die Wissenschaft geliefert. Darum muß, wer heute in einer kühlen, kaum verständlichen, gefühllosen Sprache die Revolution, die Umkehrung aller Werte, propagiert, genauso als Komplize der Ausbeutung und als Gegner erscheinen wie die Wissenschaft der zurückliegenden hundert Jahre; denn er scheint all das zu gefährden und abschaffen zu wollen, das im großen und ganzen Not und Elend des Arbeiters beseitigt, seine Abhängigkeit gemindert und seine Sicherheit verstärkt hat. Darum werden die Gewerkschaften als Konsumenten der sozialkritischen und auf entschiedene evolutionäre Veränderung der Gesellschaft zielenden Wissenschaft nur dann auftreten können, wenn die Wissenschaftler solche Ergebnisse ihrer Tätigkeit frei von Arroganz und ohne jede Absicht der Bevormundung präsentieren.

Es wird für die Wissenschaft darauf ankommen, nicht nur davon zu reden, daß gesellschaftliche Widersprüche vorhanden sind, sondern es wird notwendig sein, diese gesellschaftlichen Widersprüche konkret und anschaulich zu beschreiben und zu sagen, wie, zu wessen Nutzen und zu welchem Ende sie aufgelöst oder überwunden werden können. Wenn die Gewerkschaften von der Wissenschaft mehr als einen „technokratischen“ Gebrauch machen sollen, wird es darauf ankommen, daß die Sozialkritik konkrete Utopien vorstellt, die in eine Strategie des Handelns der Gewerkschaften hier und heute einbezogen werden können, und die nicht davon ausgehen, daß alles was errungen ist, erst einmal wieder aufgegeben werden muß. Radikale Denker können es vielleicht, die Gewerk-

schaften können es sich nicht leisten, das Sicherheitsbedürfnis der Arbeiter zu unterschätzen, und sie verfehlen ihre Aufgabe, wenn sie es täten. Es kommt nicht darauf an, sich über die Bedürfnisse und die Not des Tages erhaben zu fühlen, sondern dahin zu arbeiten, daß diese Bedürfnisse befriedigt und die Not heute und nicht erst in einem viel späteren Paradies behoben wird.

Für die Gewerkschaften ergibt sich, unabhängig von dem Nutzen, den sie als Organisationen für sich und den einzelnen Arbeitnehmer aus der Wissenschaftsentwicklung ziehen können, das Interesse, den Prozeß der Wissenschaft dem gesellschaftlichen Nutzen unterzuordnen. Die Schwierigkeit, das gesellschaftliche Interesse bzw. den gesellschaftlichen Nutzen zu definieren und vor allem konkret entsprechende Entscheidungen zu treffen, wird nicht verkannt. Es gibt aber einige Interessen, in denen Gewerkschafter und Wissenschaftler übereinstimmen sollten und wo die Frage, was der Gesellschaft nützt und wozu Wissenschaft verpflichtet ist, nicht umstritten sein dürfte. Daß die Forschung zu fragen hat, wie man Frieden bewahrt, und nicht, mit welchen Mitteln man am besten Krieg führt, daß Wissenschaftsprozesse nicht auf Perfektionierung und Ausbeutung, sondern auf Humanisierung der Produktionsbedingungen angelegt sein sollten, ist wohl allgemein gültige Richtschnur für die gesellschaftliche Relevanz und die sich daraus ergebenden Entscheidungen.

Es sollte keinen Zweifel daran geben, daß Forschungen zum Ausbau der Infrastruktur und der gesellschaftlichen Einrichtung Vorrang haben gegenüber Untersuchungen zum Schutz des individuellen Eigentums, daß in der Psychologie die Forschungen über Ursache und Bedingungen der Aggression Priorität haben gegenüber Anstrengungen, Werbung und Propaganda effizienter zu machen. Eine freie Wissenschaft, Freiheit der Wissenschaft, die ihre Zielrichtung und ihre Begrenzung in der Verpflichtung auf eine zu verwirklichende humane Gesellschaft versteht, befindet sich in Übereinstimmung mit den Interessen der Gewerkschaften, mit den Interessen der in abhängiger Arbeit Stehenden. Darum sind Gewerkschaften für eine sich so verstehende Wissenschaft Verbündete und müssen begreifen, daß diese Rolle intensiver als bisher ausgefüllt werden muß. Eine sozialverpflichtete freie Wissenschaft ist nur möglich, wenn die Interessen der Profitmaximierung im Wissenschaftsprozess zurückgedrängt und wenn die Einwirkungen solcher Interessen auf Wissenschaft, die weder zu entbehren noch zu vermeiden sind, transparent und offenkundig gemacht werden. Gewerkschaften müssen also mit dafür sorgen, daß für die Wissenschaft durch Sicherung eines entsprechenden, in gerechter Weise aufgebrachten Steueraufkommens so viel öffentliche Mittel bereitstehen, daß sich eine sozialverpflichtete Wissenschaft durchsetzen und gegenüber der von Privatinteressen bestimmten als maßgeblich behaupten kann.

Gewerkschaften wissen aus ihrem Kampf um die berufliche Ausbildung der Arbeiter, daß eine private Bestimmung über Ausbildungsfunktionen für die Arbeiter schädlich, sie behindernd und diskriminierend ist. Ihre Forderung nach Zurückdrängung des privaten Einflusses in der Berufsausbildung muß ergänzt werden durch die Forderung nach eindeutiger Priorität des öffentlich bestimmten und finanzierten Bereichs der Wissenschaft.

Nun kann Freiheit der Wissenschaft nicht Willkür der Wissenschaftler bedeuten. Gewerkschaften können sich mit einer Rolle nicht abfinden, die ihnen zwar die sehr sinnvolle Pflicht auferlegt, der Wissenschaft zu einem notwendigen Anteil öffentlicher Mittel zu verhelfen, dann aber alles übrige denen zu überlassen, die den Wissenschaftsprozess selbst direkt beherrschen. Ob und wie die Freiheit genutzt wird, kann nicht der Disposition der Wissenschaftler allein überlassen bleiben. Die Erfahrung der Wissenschaftsgeschichte hat — hier genügt es, auf die Namen *Freud* und *Marx* stellvertretend für viele andere zu verweisen — gezeigt, daß ehrwürdige Fakultäten ihre Entscheidungen engstirnig und recht wenig am Fortschritt orientiert treffen. Es darf gewagt werden zu be-

haupten, daß übersichtliche kleinere Einheiten, wie die Fachbereiche nach den neuen Hochschulgesetzen, auch unter Mitbestimmung aller am Wissenschaftsprozess Beteiligten einschließlich der Studenten, von solchen Fehlentscheidungen, dem Wissenschaftspluralismus feindlichen, blockierenden Einseitigkeiten nicht verschont bleiben werden. Darum kann vom Standpunkt der Gewerkschaften nicht unter dem Rubrum der Abwehr von Profitinteressen der Einfluß und die Kontrolle der Gesellschaft gegenüber dem Wissenschaftsprozess abgelehnt werden.

Sicher sind bisher noch keine praktikablen Modelle für eine gesellschaftliche Kontrolle entwickelt worden. Es muß bezweifelt werden, daß der Einfluß, den Parlamente oder die von ihnen gewählten Regierungen vor allem mit Hilfe des Haushalts ausüben, ausreicht, um eine solche Kontrolle zu gewährleisten. Die Gewerkschaften sehen in der Tendenz, die Entscheidungen über den Wissenschaftsprozess in den wissenschaftlichen Institutionen öffentlich und damit kontrollierbar zu machen, einen wesentlichen Ansatz, die soziale Verpflichtung der Wissenschaft überprüfen zu können. Sie wissen aber, daß damit die notwendige Form der Kontrolle nicht erreicht ist, daß sie selbst dabei ein gewichtiges Wort mitsprechen wollen und daß sie sich den Anstrengungen nicht entziehen dürfen, über Realisierungsmöglichkeiten nachzudenken. Eine Kontrollfunktion der Gewerkschaften wird immer vorrangig dem Interesse der Arbeitnehmer dienen müssen, das aber im Hinblick auf die soziale Verpflichtung der Wissenschaft weithin mit den Interessen der Wissenschaftler identisch ist. Allerdings wird, es auch notwendig sein, Instrumente zu entwickeln, die private Willkür und Egoismus und die Durchsetzung einseitiger gesellschaftsfeindlicher Interessen verhindern. Die Wissenschaftler sollten gemeinsam mit den Gewerkschaften danach suchen, solche Instrumente zu entwickeln und sich nicht in eine neue, gewissermaßen durch innerbetriebliche Mitbestimmung geläuterte Form der Autonomie im Elfenbeinturm zurückziehen.

Das Auftreten der Gewerkschaften gegenüber der Wissenschaft muß von dem langfristigen Ziel der gesellschaftlichen Veränderung im Hinblick auf Durchsetzung der Humanität, Wiedererweckung der Solidarität, Verstärkung der Emanzipation, Erweiterung der Selbstbestimmung, Verwirklichung der Mitbestimmung in allen Bereichen und Zurückdrängen der Fremdbestimmung jeder Art bestimmt sein. Ein vorurteilsfreies, offenes und nicht mehr von Mißtrauen getragenes Verhältnis zwischen Wissenschaft und Gewerkschaften ist angesichts der Geschichte und angesichts der Vieldeutigkeit und häufig gegenseitigen Unverständlichkeit der Aktionen nicht von heute auf morgen zu erwarten. Das Bündnis zwischen Arbeitnehmerinteressen und Hochschulen wird aber nicht mit denen herzustellen sein, die eine Wissenschaft vertreten, die der Arbeitnehmerschaft seit alters her als Komplize des Gegners bekannt ist. Es wird nur mit denen herzustellen sein, die sich als Wissenschaftler selbst als abhängig Arbeitende begreifen und sich zu den Gewerkschaften bekennen. Die Gewerkschaften können nicht auf der Seite der Vertreter alter Ordinarienherrlichkeit stehen, auch wenn von dieser Seite verschreckte Reformer nach vorn geschoben werden, um die wahren Absichten zu kaschieren. Die Gewerkschaften werden aber auch nicht auf der Seite derjenigen stehen können und dürfen, die nach dem Motto „der Zweck heiligt die Mittel“ antreten, um mit dem Terror einer Minderheit über die Mehrheit zu triumphieren. Die Trennungslinie zum Bund Freiheit der Wissenschaft ist nicht die zwischen roten Terroristen und uneigennütigen Reformern, es ist die Trennungslinie zwischen einer sozialverpflichteten Wissenschaft und der Wissenschaft als Privateigentum von wenigen.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft läßt sich nicht in die Ecke der ziellosen Radikalinskis drängen, sie folgt nicht dem Motto „Macht kaputt, was euch kaputt macht“. Sie will eine humane Gesellschaft, und wenn ein Appell angebracht ist, dann der der permanent von Solidarität getragenen Reform: Verändert, was euch gestaltet, und gestaltet, was euch verändert.